

Unveröffentlichtes Manuskript
es gilt das gesprochene Wort

Europa – quo vadis? Wirtschaft und Politik aus sozialemethischer Sicht.

Sectio Theologica der Bayerischen Benediktinerakademie

16. 4. 2018, Wien

Ingeborg Gabriel

Herzlichen Dank für die Einladung. Das Thema, das mir die Katholische Akademie gestellt hat, ist sehr umfassend und ich hoffe sehr, dass sie keine vollständige Antwort erwarten.

Dennoch: gerade angesichts der rasanten Umbrüchen, die wir heute erleben und die uns teils orientierungslos zurücklassen, erscheint es sinnvoll, wenigstens den Versuch zu unternehmen, unterschiedliche politische und wirtschaftliche Entwicklungen zusammen zu denken und sie einer sozialemethischen Bewertung zu unterziehen. Diese schließt für Christinnen und Christen immer auch eine theologische Grundperspektive ein. Methodisch folge ich damit den Spuren von *Gaudium et spes*, das die humanwissenschaftliche Ebene (skizziert im ersten noch immer lesenswerten Teil GS 4-11) mit der ethischen und theologischen Dimension verschränkt mit dem Ziel, die Zeichen der Zeit in einer bestimmten Epoche zu deuten, das heißt sie auf ihre humanen Potentiale hin abzuklopfen, was ja immer schon eine theologische Dimension einschließt, da Gott - um es ganz simpel zu sagen – das Gute für die Welt und Menschen in jeder Zeit und an jedem Ort will und wirkt. Ein Mehr an Humanität entspricht damit allemal dem göttlichen Willen.¹

„Denk ich an Deutschland in der Nacht, so bin ich um den Schlaf gebracht.“ – reimte Heinrich Heine Mitte des 19. Jhdts. Dieser Reim ließe sich heute auf Europa übertragen (damit ist im Folgenden vor allem die EU gemeint). Vielfältige, sich verdichtende Krisensymptome stellen die Europäische Union mit ihren Institutionen aber darüber hinaus die Strukturen und Menschen des Kontinents vor eine Vielzahl neuer Herausforderungen. Diese sind in unterschiedlichen Regionen und Nationen verschieden und auch unterschiedlich intensiv ausgeprägt. Das Auseinanderdriften der nördlichen und südlichen Staaten nach der Finanzkrise von 2008, die immer offenkundiger werdenden politischen Risse zwischen dem westlichen und östlichen Teil der EU, also den alten und den 2004 (respektive 2007) der EU

¹ Ingeborg Gabriel, Christliche Sozialemethik in der Moderne: Der kaum rezipierte Ansatz von *Gaudium et spes*, in: Jan-Heiner Tück (Hg.), Erinnerung an die Zukunft: Das Zweite Vatikanische Konzil, 2. Auflage, Freiburg 2013, 605-621.

beigetretenen zuvor meist kommunistischen Mitgliedsländern, sowie die zunehmende Attraktivität nationalistischer Parteien mit europafeindlicher Ausrichtung, die eine Schwächung ja Zerschlagung der EU anstreben, wie auch die sich rasch wandelnden geopolitischen Konstellationen können einem tatsächlich den Schlaf rauben. Dies gilt nicht nur für politische Verantwortungsträger, sondern für alle Bürger und Bürgerinnen, die ja in Demokratien Mitverantwortung tragen und dies – darauf komme ich am Ende zurück – stellt auch Christen vor die Frage nach ihrem möglichen Beitrag. Denn: die politischen, wirtschaftlichen wie kulturellen Folgen einer Desintegration der EU wären zweifellos katastrophal und sind im Detail gar nicht vorstellbar.

Das durchgängig düstere Bild sollte jedoch durch einen Blick an die Peripherien Europas ergänzt werden. Denn dort befinden sich jene Staaten, die sich weiterhin mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln um den Beitritt zur EU bemühen, in der Hoffnung dadurch ihre Konflikte entschärfen, den Frieden zu sichern und am Wohlstand teilhaben zu können. Jeder der einmal in Albanien, in Mazedonien oder gar Moldawien, aber auch in Serbien und der Ukraine war, kann davon berichten. Auch auf den großen Demonstrationen gegen Korruption in den letzten Jahren in Rumänien und Bulgarien sah man überwiegend EU Flaggen. Ihre Teilnehmer hofften auf die Durchsetzung europäischer Standards. Dies alles sowie die Europabegeisterung in Nordirland angesichts des drohenden Brexit zeigt, dass die ursprünglichen Motive und Ideale der EU überall dort relevant sind, wo sie noch nicht verwirklicht oder gefährdet ist. Diese Prozesse europäischer Integration sind jedoch nicht, wie wir lange etwas geschichtsvergessen geglaubt haben, unumkehrbar. Friede und Wohlstand sind keine Selbstverständlichkeit, sondern stellen in der Geschichte eher die Ausnahme dar. Daran gilt es sich heute zu erinnern, um das Erreichte wertzuschätzen und die Probleme mit Entschiedenheit anzugehen.

Wieso – so fragt man sich jedoch – treffen die Krisen die Idee eines vereinten Europas so hart, wo doch - trotz aller Defizite - die letzten 60-70 Jahre zweifellos eine Erfolgsgeschichte waren? Denn: Jeder Blick zurück in das 19. Jhdt. und die erste Hälfte des 20. Jhdt. belehrt, dass Europa nie reicher und friedlicher war als heute.

Ich möchte den folgenden Überlegungen die These zugrunde legen, dass es sich primär um geistige und ethische Orientierungskrisen mit einer wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Dimension handelt und erst in zweiter Linie um institutionelle Probleme, also die Blickrichtung einmal umdrehen. Ich möchte die Frage *Europa quo vadis?* dabei entlang klassischer Prinzipien der katholischen Sozialethik – Solidarität und Gemeinwohl und, so sei hinzugefügt, Versöhnung thematisieren. Max Weber hat einmal geschrieben, dass die

Geschichte von Interessen und Ideen bestimmt ist. Ich gehe also davon aus, dass wir es heute vor allem mit einem Defizit an wirksamen und praktizierten humanen und geistigen Ideen zu tun haben.

Ein zweiter, die folgenden Überlegungen leitender, stärker struktureller Gedanke stammt von dem 2009 verstorbenen liberalen Soziologen und Sozialphilosophen Ralf Dahrendorf. Er hat das Verhältnis von liberaler Wirtschaftsordnung und liberaler politischer Ordnung treffend als Quadratur des Kreises charakterisiert.² Während nämlich die national verankerte demokratische Politik auf dem Grundsatz der Gleichheit basiere (one man one vote), sei die liberale Wirtschaftsordnung tendenziell anti-egalitär. Die Globalisierung hat diese im System grundlegende Spannung nochmals radikal verschärft. Diese konnte durch Politik und Interessenverbände nämlich nur solange halbwegs ausgeglichen werden, als Staat und Wirtschaft über weite Strecken deckungsgleich waren.

Wirtschaft in Europa: Krise der Solidarität und des Gemeinwohlgedankens

Die soziale, später öko-soziale Marktwirtschaft war ein Kind der Zeit nach dem 2. Weltkrieg. Sie ermöglichte in allen Ländern Europas ein in der Geschichte einmaliges Maß an sozialem Ausgleich, nicht zuletzt durch die Bereitstellung einer Vielzahl öffentlicher Güter und trug so zu einer gerechteren Verteilung der erwirtschafteten Vermögen, bei gleichzeitiger starker Erhöhung der Produktivität, bei. Dieser so genannte rheinische Kapitalismus verlor angesichts der Globalisierung teilweise seine institutionelle Grundlage. „Die Stürme der Globalisierung haben“ – wie der deutsche Politikwissenschaftler Hauke Brunkhorst formuliert „die wichtigsten Funktionssysteme und Wertsphären der Gesellschaft aus ihren nationalstaatlichen Verankerungen gerissen“³.

Die der Globalisierung zugrunde liegenden technischen Erfindungen revolutionierten in nur 30 Jahren alle Lebensbereiche. Die wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Rahmenbedingungen änderten sich seit den 1980er Jahren radikal. Dies gilt vor allem für die Wirtschaft. Durch die Möglichkeit globaler Kommunikation in Echtzeit wurde ein globaler Markt überhaupt erst geschaffen und die Entstehung globaler Wertschöpfungsketten ermöglicht. Ein Ende der Entwicklung sowie ihre langfristigen Folgen für Europa sind noch

² Ralf Dahrendorf, Die Quadratur des Kreises. Wirtschaftlicher Wohlstand, sozialer Zusammenhalt und politische Freiheit, in: ders., Der Wiederbeginn der Geschichte. Vom Fall der Mauer zum Krieg im Irak, München 2004, 103-131.

³ Hauke Brunkhorst, There Will be Blood. Konstitutionalisierung ohne Demokratie, in: ders./KETTNER, Matthias (Hg.): Demokratie in der Weltgesellschaft, Baden-Baden 2009, 99-123, hier 99.

nicht absehbar. Eindeutig ist jedoch, dass neben Produktivitätsgewinnen aufgrund globalen Wettbewerbs auch massive Ungleichgewichte entstanden sind.

Die technisch induzierte Globalisierung war überdies von einer ideellen Komponente begleitet, die der deutsche Soziologe Ulrich Beck als Globalismus bezeichnet hat. Diese Unterscheidung ist insofern sinnvoll als der Globalismus anders als die Globalisierung durch politische Entscheidungen und eine situationsgemäße Anwendung der libertäre-wirtschaftlichen Ideologie grundsätzlich beeinflussbar ist. Deren Grundgedanke ist, dass der von allen Restriktionen befreite entfesselte, grenzenlose globale Markt die ultimative Verwirklichung wirtschaftlicher Freiheit darstellt, die immer und überall zu mehr Wohlstand führt. Staatliche Eingriffe jeglicher Art sind hier konterproduktiv und wirken sich notwendig wirtschaftlich nachteilig aus. Die dahinter stehende Vorstellung eines ökonomischen Gleichgewichtsdenken geht von der mechanistischen Vorstellung aus, dass sich Markt-Gleichgewichte jedenfalls langfristig von selbst einstellen. John Meynard Keynes, der große britische Ökonom der Nachkriegszeit, hat dies mit britisch-pragmatischem Humor einmal so kommentiert: „but in the long run we are all dead.“⁴ Und weiter: „Economists set themselves too easy, too useless a task if in tempestuous seasons they can only tell us that when the storm is long past the ocean is flat again.“⁴ Seine eigene ökonomische Theorie, die den Staat als Stimulator der Wirtschaft in die Pflicht nimmt, basierte auf den Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre. Diesem antietatistischen Gleichgewichtsdenken eignet so ein anarchistischer Zug. Es wird heute vor allem von der neuen Rechten in den USA und (wenn auch hier weniger radikal) in Europa vertreten und findet durchaus auch im katholischen Raum seine Fürsprecher. Der Globalismus mit seiner radikalen Skepsis gegenüber wirtschaftspolitischer Steuerung führte verbunden mit der Globalisierung zu unterschiedlichen Krisen (Nahrungsmittelkrisen, Energiekrisen). Als am dramatischsten erwiesen sich die Finanzkrisen, die sich nach der Deregulierung der globalen Finanzmärkte 1991 multiplizierten, vor allem jene von 2008, deren Folgen bis heute spürbar sind. Die damals notwendigen „Bankenrettungen“ ließen die Staatsschulden in vielen europäischen Ländern stark ansteigen. Noch schwerer wiegt, dass das Menetekel einer weiteren Finanzsystemkrise nach Ansicht praktisch aller Experten bisher in keiner Weise gebannt werden konnte.⁵

⁴ John M. Keynes, A Tract on Monetary Reform, London 1923, 80.

⁵ Eine leicht verständliche und zugleich fundierte Einführung gibt Wilfried Stadler, Der Markt hat nicht immer Recht. Warum Wertschöpfung wichtiger ist als Geldschöpfung, 2. Aufl. Wien 2015; ausführlich Bernhard Emunds. Politische Wirtschaftsethik globaler Finanzmärkte, Wiesbaden 2014.

Globalisierung und Globalismus führten zudem zu Reichtumskonzentrationen, die mit jenen vor dem Ersten Weltkrieg vergleichbar sind. Für wirtschaftliche Großakteure, Unternehmen wie Banken, erweist sich der Wegfall nationaler Verankerungen insofern als vorteilhaft, als sie sich so staatlichen Regulierungen und ihrer Steuerpflicht teilweise oder zur Gänze entziehen können. Der Wettbewerb unter Staaten führt zudem zu einem *bottom down race* hinsichtlich von Gewinn- und Unternehmenssteuern und ermöglicht die nicht marktkonforme Aushandlung von Steuervorteilen und Subventionen. Ein schon skurilles Beispiel dafür ist, dass der Großkonzern Apple Irland, dem Land in der EU mit den niedrigsten Gewinnsteuern und damals noch einer der höchsten Staatsverschuldungen aufgrund des Bailouts einer Bank, Steuern von Milliarden Euro nachzahlen sollte. Irland lehnte dies ab, um seinen Standortvorteil für Großunternehmen nicht zu gefährden und sollte dazu von der zuständigen EU Kommission gezwungen werden. Diese Vermögenskonzentrationen sind aus sozialen, aber auch aus wirtschafts- und demokratiepolitischen Gründen besorgniserregend. Konzerne können aufgrund ihrer schieren Finanzmacht die Entstehung von Gesetzen durch Lobbying ebenso wie deren Auslegung zu ihren Gunsten beeinflussen und die öffentliche Meinungsfreiheit einschränken. Dafür zwei Beispiele: eine mir bekannte Handelsrichterin antwortete auf meine Frage, warum Prozesse gegen Großunternehmen und Banken so lange dauern, dass die Zahl der Richter in keinem Verhältnis zur Zahl der, überdies um vieles besser bezahlten Rechtsanwälte, Steuerprüfer, Wirtschaftstreuhänder usw. stehe, die von Seiten der Großunternehmen den Prozess begleiten. Massive finanzielle Ressourcen verschaffen so wirtschaftlichen Großakteuren Vorteile, ohne dass Korruption im Spiel ist, die die Rechtserstellung- und durchsetzung darüber hinaus gefährdet. Sie können zudem eingesetzt werden, um die öffentliche Meinung in eine genehme Richtung zu lenken und Kritik zu unterbinden. So sagte, um auch hier ein Beispiel zu nennen, vor einigen Jahren ein Universitätsdozent für Wirtschaftswissenschaften in einer Radiosendung etwas flapsig, dass die Hypo-Alpe-Adria ihre mitteleuropäischen (Konzern)-Töchter wohl schwer an den Mann bringen werde, was den Schaden mutmaßlich erhöhe. Wiewohl sich diese Aussage als durchaus fundiert erwies, erhielt er noch am selben Tages ein Fax der Rechtsanwälte dieser damals vom österreichischen Staat mit Milliarden gestützten Bank mit einer Klagsdrohung und der Aufforderung 10 000 Euro zu zahlen. Er setzte sich mit einem Artikel in einer Tageszeitung zur Wehr, worauf, wie ich erfuhr, die Angelegenheit von der Bank nicht weiter verfolgt wurde. Seine unbestrittene fachliche Kompetenz war hier sicher hilfreich, doch das Beispiel zeigt, wie leicht hier Einschränkungen der Meinungsfreiheit durch Einschüchterung umzusetzen sind.

Trotz dieser Nebenwirkungen dominiert die verführerisch einfache wirtschaftliche Gleichgewichtslogik sich selbst regulierender Märkte (ursprünglich Ausfluss eines optimistischen deistischen Vorsehungsglauben, der bei Adam Smith noch durch die unsichtbare Hand, nun des Marktes, repräsentiert wird) weiterhin im akademischen Bereich wie auch in der Öffentlichkeit, wiewohl hochrangige Wirtschaftswissenschaftler die Mainstream-Ökonomik öffentlichkeitswirksam als ideologisch entlarven (so prominent der Nobelpreisträger Joseph Stiglitz und Jeffrey Sachs). Sie herrscht auch an manchen katholischen Universitäten vor, nicht zuletzt weil sich dafür leicht finanzkräftige Sponsoren finden lassen. Zu den wirtschaftstheoretischen Defiziten⁶ kommen beachtliche praktische Schwierigkeiten: Kooperationsabkommen zwischen den 196 Staaten weltweit mit jeweils höchst unterschiedlichen Interessen auf den Weg zu bringen, um Steueroasen auszutrocknen, den Klimawandel zu bekämpfen u. Ä. m. sowie die Überwachung der Einhaltung der Verträge sind beinahe unmöglich geworden. Doch gerade hier böte eine koordinierte Zusammenarbeit innerhalb der EU gewisse Chancen, die bisher jedoch meist mit möglichen Wettbewerbsnachteilen (so im Falle der bereits beschlossenen Finanztransaktionssteuer) verhindert wurden.

Doch die Folgen dieser ideologischen und wirtschaftspolitischen Einseitigkeiten sind gravierend: wachsende Staatsverschuldung aufgrund des Ausfalls der Steuereinnahmen von Großunternehmen, sinkende Gewinnsteuern aufgrund des Standortwettbewerbs, aber auch gar nicht marktkonforme Subventionen für Konzerne, um Arbeitsplätze zu sichern und im Land zu halten sowie bail-outs jener Bankinstitute, die zu groß sind, um sie fallen zu lassen (too big to fail), Externalisierung von sozialen und ökologischen Kosten u. Ä. m., um nur die wichtigsten Kollateralschäden zu nennen. Ausgabenreduktionen im Infrastruktur-, Sozial- und Bildungsbereich oder weitere Schulden nicht nur des Staates, sondern auch der Länder und Kommunen sind die Folge, wobei beides zu Lasten der Zukunft unserer Gesellschaften geht. „Lauter kleine Griechenländer“ titelte eine deutsche Tageszeitung vor einiger Zeit mit Blick auf die deutschen Kommunen. Dass die Vernachlässigung des öffentlichen Raums vor allem in ländlichen Regionen zudem gravierende politische Folgen hat, zeigt sich darin, dass sich hier die meisten rechten Protestwähler finden. Zusammenfassend: die wirtschaftliche Globalisierung hat manchen Akteuren in den letzten Jahrzehnten riesige Gewinne gebracht und generell zu Produktivitätszuwächsen geführt. Doch zugleich wurden und werden die

⁶ Ingeborg Gabriel, Ökonomik – Theologie – Sozialethik, in: Ingeborg Gabriel/Peter G. Kirchschräger/Richard Sturn (Hg.), Eine Wirtschaft, die Leben fördert. Wirtschafts- und unternehmensethische Reflexionen im Anschluss an Papst Franziskus, Ostfildern 2017, 23-50, sowie weitere Beiträge in diesem Band.

negativen langfristigen Dynamiken unterschätzt. Hier wäre es notwendig gegenzusteuern, was jedoch aufgrund der Schwächung der nationalen Politik auch größerer Länder sich als schwierig erweist und zudem wirtschaftstheoretisch unter Generalverdacht gestellt wurde.

In Europa kam hinzu, dass die Globalisierung ebenso wie der sie ergänzende Globalismus in etwa zeitgleich mit dem Fall der Berliner Mauer einsetzte. Sie fällt also mit dem Ende der politischen wie ideologischen Nachkriegsbipolarität zusammen. Die Politik in Europa und in der EU war in den Jahren danach wesentlich damit beschäftigt, die Folgen des *annus mirabilis* 1989 zu bewältigen. Jemand verglich die Lage einmal mit jener von zwei Kindern, die an einem Strick ziehen: wenn einer loslässt, gerät auch der Andere ins Taumeln. Die EU hat diese Herausforderung durch die Integration von 12 (13 mit Kroatien) Ländern nach der Implosion kommunistischer Regime in Ost- und Mitteleuropa überraschend gut bewältigt. Aber diese Integration band jene Kräfte, die notwendig gewesen wären, um die zeitgleichen Folgen der Globalisierung aufzufangen und ihr ein menschliches und europäisches Gesicht zu geben.

Dazu hätte es eines Mehr an symmetrischer wie asymmetrischer Solidarität bedurft. Dies hätte bedeutet, dass die wirtschaftlich schwächeren Länder und hier vor allem die schwächsten Teile ihrer Bevölkerungen unterstützt worden wären und sich zugleich Europa solidarisch als gemeinsamer politischer Raum angesichts der riesigen neuen globalen Herausforderungen neu positioniert hätte. Das Fehlen einer vergemeinschafteten Wirtschafts- und Sozialpolitik machte die Staaten anfällig für wirtschaftliche Dynamiken, die in den jetzigen Zustand divergenter Entwicklungen führen. Die heute allgemein als voreilig eingestufte Einführung des Euro als Gemeinschaftswährung wurde unter diesen Bedingungen zu einem gewagten Experiment mit weiterhin ungewissem Ausgang.⁷ Die Annahme, dass hier wie in anderen Fällen die europäische Politik nachziehen und der Euro zur Triebkraft einer vertieften politischen Integration Europas werden würde, hat sich jedenfalls angesichts der sich globalisierungsbedingt verstärkenden zentrifugalen Kräfte, vor allem im Finanzbereich, nicht bewahrheitet. Die Griechenlandkrise mit ihren dramatischen sozialen Folgen war und ist die tragische Folge. Sie vergiftet das politische innereuropäische Klima bis heute. Vor allem kehrt sie die ursprünglichen Parameter um. Bei einer Tagung von Iustitia in Rom im Jahre 2013 zum Thema Gemeinwohl beschwerte sich ein Mitglied des Vorstands der Deutschen Bank wie damals en vogue über die unverantwortlichen Griechen. Auf meine Frage nach dem Vortrag, ob es stimme,

⁷ Claus Offe, Europa in die Falle, Frankfurt 2016.

dass ca. 90% der europäischen Finanzhilfen an deutsche und französische Banken zurück geflossen seien, meinte er etwas verlegen: Ja, sie haben recht. Die Komplexität dieses Vorgangs mit zwischengeschalteten Hedgefonds kann hier nicht nachgezeichnet werden und wird, was zusätzlich beunruhigt, selbst von Finanzexperten und Bankmanagern nur teils durchschaut. Was sich jedoch hier wie in anderen Fällen zeigt, ist, dass die wirtschaftliche Integration als vorrangiges Instrument zur politischen Integration Europas seit 2008 vielfach zu einem Faktor der Desintegration geworden ist und den Zerfall der EU durch die Entstehung nationalistischer Politik befördert.

Doch: die Wirtschaftspolitik in allen Ländern Europas basiert auf politischen Entscheidungen, die – vor allem wenn innerhalb der EU koordiniert – trotz der Globalisierung bis zu einem gewissen Grad steuerbar sind. Es wäre daher möglich, die Idee innereuropäischer Solidarität sechzig Jahre nach Gründung der Europäischen Union angesichts der neuen geopolitischen und geowirtschaftlichen Gegebenheiten neu zu denken. Wie könnten – so die Frage – neue kreative Ideen aussehen, die jenen der Vordenker der europäischen Ordnung entsprechen? Was käme heute der genialen Idee eines Jean Monnet gleich, der bereits in der Zwischenkriegszeit den Plan für eine europäische Nachkriegsordnung entworfen hat?⁸ Diese sah eine Vergemeinschaftung der wichtigsten Kriegsmaterialien, Kohle und Stahl vor, um so weitere Kriege zu verhindern. Dies war die Grundlage des Schuman Plans von 1950, der bereits sechs Jahre (!) nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zur Gründung der Montanunion als Nukleus einer neuen europäischen Friedensordnung führte. Wie müssten weitsichtige Pläne heute aussehen, um unter den um vieles besseren ökonomischen und politischen Bedingungen der Gegenwart, z. B. durch eine europäische Sozialordnung, sich aufbauende Konflikte zu entschärfen, gemeinsam gegen die Auswüchse des globalen Kapitalismus vorzugehen durch EU Regeln gegen Steuerevasion, Eindämmung der Finanzspekulation durch die Wiederbelebung des Planes einer Finanztransaktionssteuer; die Bereitstellung öffentlicher Güter vor allem im ländlichen Raum, eine Drosselung des Energieverbrauchs durch eine stärkere Besteuerung, um Nachhaltigkeitsziele zu erreichen und last but not least eine europaweit koordinierte Flüchtlingspolitik. Dies immer mit dem Blick auf die Folgen für sozial Schwächere, Arbeitslose, kinderreiche Familien und Pensionisten, also einer „Option für die Armen“ wobei die unterschiedlichen Bedingungen zu berücksichtigen sind. Der oben zitierte Jeffrey Sachs hat von einem therapeutischen

⁸ Jean Monnet, Erinnerungen eines Europäers, Baden-Baden 1988 ist hier eine spannende Lektüre.

Zugang für einzelne Länder gesprochen. Für eine derartige weitsichtige innereuropäische Solidaritätspolitik gibt es gegenwärtig leider kaum Anzeichen, außer in den Reden des französischen Präsidenten Macron. Doch seine Vorschläge harren bisher der europaweiten Diskussion. Es fehlt über weite Strecken die ideelle und moralische Vision, sowie der politische Wille, diese durchzusetzen, ja Begriffe wie Solidarität werden (auch im katholischen Milieu) abgewertet aus Angst, dass der eigene Wohlstand irgendwie geschmälert werden könnte. Hier ist daran zu erinnern, dass nach christlichem Verständnis Eigentum und Vermögen dem Menschen immer nur anvertraut sind, um seine materiellen Grundbedürfnisse zu decken. Sie begründen kein absolutes Recht. In diesem Sinne spricht *Gaudium et spes* (69) ganz im Sinne der Tradition der gesamten Sozialverkündigung von einer „universalen Bestimmung der Erdengüter“. Eine Reflexion darüber, was diese Sozialpflichtigkeit des Eigentums in einer Zeit großen materiellen Wohlstands in Europa im Konkreten bedeutet, wäre höchst an der Zeit. Solidarität als sozialetisches Leitbild für die europäische Politik ist sowohl aus humanen, wie auch aus politischen Gründen heute mehr denn je gefordert.

Einer der Flurschäden der ökonomistischen Ära, die sei hier nur kurz angesprochen, besteht in der Aushöhlung der Idee der Gemeinwohlverantwortung. Die liberalistische Vorstellung, dass das Gemeinwohl die Summe der Einzelwohle ist, ist einer grundlegenden Kritik zu unterziehen.⁹ Partei- und Individualinteressen haben ihren Ort, aber sie können nicht als oberstes Ziel von Politik verstanden werden. Diese hat sich vielmehr am allgemeinen Wohl als dem Wohl aller der ihr anvertrauten Personengruppen als Zielwert zu orientieren. Es schadet der Dignität von Politik und entspricht auch nicht ihren realen Gegebenheiten wie jenen menschlicher Wirklichkeit überhaupt, das gesamte Handeln als von (bestenfalls langfristigen) Eigeninteressen geleitet zu begreifen. Menschen handeln aus unterschiedlichen Motiven, und vielfach auch, wenn auch nicht ausschließlich, um der Anderen willen, für die sie Verantwortung tragen. Verantwortungsträger in Leitungsfunktionen sind dazu nicht zuletzt rechtlich verpflichtet. Diese Wiederentdeckung des Gemeinwohls als Zentralbegriff der politischen Ethik fordert heute zugleich zu einer Klarstellung heraus, wie sich das nationalstaatliche, europäische und internationale Gemeinwohl in den jeweiligen Sachbereichen und anstehende Fragen zueinander verhalten. Dass zwischen diesen drei Ebenen starke Verflechtungen bestehen, ist offenkundig. Die Frage ist, wie sich dies jeweils auswirkt. So ist in der Klimafrage die internationale Ebene leitend, wiewohl auch hier die EU viel bewirken kann und jeder Staat seinen Beitrag leisten muss, in anderen Bereichen könnten

⁹ Vgl. den Artikel in FN 6.

die Schwerpunkte anders liegen. Hier käme die wesentliche Frage der Subsidiarität ins Spiel. Das alles kann hier nicht ausgeführt werden. Zu warnen ist jedoch vor einer Entgegensetzung von nationalem und europäischem Gemeinwohl, wie dies heute vielfach geschieht. Wohin dies führt und welche Schwierigkeiten sich daraus im Einzelnen ergeben, zeigen dieser Tage die Brexit-Verhandlungen, die hier – so ist zu hoffen – eine abschreckende Wirkung entfalten.

Nationalismus: europäischer Frieden- und Versöhnung in der Krise?

Das Leitwort der Generationen nach 1945 war: Nie wieder Krieg! Diesem fundamentalen Impuls nach den Schrecken der Weltkriege und Totalitarismen verdankt sich die europäische wie internationale Nachkriegsordnung. Mehr als siebenzig Jahre später erscheint die Rede von Europa als Friedensprojekt als einigermaßen abgenutzt. Nach Jahrzehnten des Friedens, der inzwischen selbstverständlich scheint, verblasst die einmalige historische Leistung. Zugleich beginnen heute viele zu ahnen, dass diese europäische Friedensordnung in Europa zerstörbar ist. Kriege im europäischen Umfeld (Krim, Syrien etc.) sowie Konflikte wie jener um die Abspaltung Kataloniens von Spanien, die bitteren Töne aufgrund der „Scheidung“ von Großbritannien von der EU, sowie mehr oder weniger offene revisionistische Tendenzen in einigen ihrer Länder, dies alles zeigt, wie fragil der Friede ist und dass Spannungen schneller als dies denkbar erschien in echte Konflikte umschlagen können.

Die in vielen Ländern zunehmend nationalistisch ausgerichtete Politik spielt angesichts der vielen „Leichen im Keller“ aufgrund der kriegerischen Geschichte des Kontinents hier leichtsinnig mit dem Feuer. Die Gründe für die nationalistischen Renaissancen sind in einzelnen Ländern unterschiedlich, weisen jedoch in der Praxis ähnliche Muster auf. Nationalistische Parteien stützen sich vor allem auf sogenannte Modernisierungsverlierer, vor allem in ländlichen Regionen. Sie fordern mehr Sozialleistungen, die auf jene begrenzt werden sollen, die zur je eigenen Nation gehören. Es handelt sich demnach zuerst einmal um *soziale Nationalismen*. Kehrt man die Worte um, könnte man von *nationalen Sozialismen* sprechen. Der schockierende Nebenklang macht die potentielle Sprengkraft deutlich. Die großzügige Unterstützung für kinderreiche Familien, die nach der Wende stark benachteiligten Pensionisten sowie ländlichen Regionen (Polen), die Beschränkung der Gewinne von Banken beim Umtausch von Devisenkrediten (Ungarn) haben in diesen beiden Ländern das Fundament für demokratisch errungene Macht dieser wohl stärksten nationalistischen Parteien in Europa gelegt. In anderen Ländern handelt es sich noch weitgehend um Protestparteien, die jedoch gleichfalls unter sozialem Vorzeichen die politischen und wirtschaftlichen Eliten und das europäische Projekt als Ganzes herausfordern,

wobei die Migrationsthematik in allen Fällen die zentrale ideelle Rolle spielt. Die soziale Rhetorik verbindet sich dabei mit einem verführerisch attraktiven Narrativ, das die Nationalisten in West- und Mitteleuropa mit populistischer Unverantwortlichkeit verbreiten. Es zielt letztlich auf die offene Flanke liberaler Gesellschaften und Politik, da - wie der bereits zitierte Ralf Dahrendorf einmal schrieb - Marktwirtschaft und Demokratie „kalte, ja eisige Projekte“ sind. Die Erinnerung an nationale Größe sowie Rolle der eigenen Nation als Opfer, mit denen zusammen das Bild einer früheren besseren Welt evoziert wird, sind demgegenüber herzerwärmend und stärken zudem das Selbstbewusstsein, das der Einzelne nun unabhängig von der eigenen Leistung aufgrund seiner nationalen Zugehörigkeit vorweisen kann. Dass die neue nationalistische Rechte sich mit libertären ökonomischen und vielfach auch militaristischen Ideen verbindet, ist ebenso wie ihre Unterstützung durch Russland, das ein geopolitisches Interesse daran hat, das europäische Projekt zu kippen, besorgniserregend. Die gesellschaftspolitische Orientierung an so genannten traditionellen Werten (für die Familie, gegen Homosexualität), macht sie, wie Wähleruntersuchungen zeigen, durchaus auch für Christen attraktiv, wobei die anti-demokratischen Positionen, sowie die Verletzungen des Rechtsstaats, vielfach unreflektiert in Kauf genommen werden.

Die Flucht- und Migrationsbewegungen der letzten Jahre haben diese nationalistischen Positionen massiv gestärkt. Die für die Zukunft Europas wichtigen politischen Fragen, die abwägende Entscheidungen verlangen, wurden so Identitäts- und Kulturkämpfe, die rational-politische Lösungen kaum mehr zulassen. Diese Dynamiken, die eines eigenen Referats bedürften, sind jedoch, dies sei wenigstens angedeutet, im politischen Projekt der Moderne insofern angelegt, als seine Trias: Menschenrechte als Grundrechte, Demokratie und die Nation als deren vorrangigen Realisationsraum umfasst. Die Europäische Union als politisches Gebilde und die Öffnung der Grenzen hat hier neue Realitäten geschaffen, wobei sich die Frage stellt, wie diese Trias institutionell heute zu gestalten ist.¹⁰ Was die Zukunft der europäischen Integration angeht, so scheint die Frage der Verteilung von Flüchtlingen, dennoch mehr als Symptom denn als Ursache für das Auseinanderdriften von – vereinfacht gesagt - West und Ost. Um vieles wichtiger scheinen hier, so scheint es, unaufgearbeitete historische Hypothesen, vor allem der jüngeren Vergangenheit, die vom jeweils anderen vielfach nicht begriffen werden und zu einer Entfremdung von West- und Mitteleuropa beitragen. Die Geschichtslosigkeit und potentielle Geschichtsvergessenheit des liberalen Projekts schafft hier ein Vakuum. In dieses dringen nationalistische Leitideen ein, die politisch-manipulativ für nationale Identitätspolitik missbraucht werden, die wiederum

¹⁰ Eine knappe ethische Analyse findet sich in Konrad Ott, *Zuwanderung und Moral*, Stuttgart 2016.

Ressentiments gegen Angehörige anderer Völker, außereuropäisch wie europäisch, fördern. Der erste Tote in den Ausschreitungen nach dem Brexit war ein polnischer Installateur. Diese neue nationalistische Stimmung drückt sich z. B. auch in der Forderung von Reparationszahlen für Kriegsverbrechen an Deutschland aus, so bei einem Treffen der Außenminister Griechenlands und Polens im November 2017 u. Ä. m. Der Separatismus der Katalanen richtet sich gegen eine repressive spanische Nation; ähnlich der der Schotten. Grenzziehungen werden teils revisionistisch in Frage gestellt, z. B. durch die Verteilung von Pässen an die Angehörigen des eigenen Volkes. Dies alles hätte längst die Alarmglocken in der EU läuten lassen sollen, da hier ein nicht zu unterschätzendes Sprengpotential zu einer Zeit aktiviert wird, da die historische Distanz vergessen lässt, dass Nationalismen in die Urkatastrophe des Ersten Weltkriegs mündeten. In einer globalisierten Welt mit neuen Großmächten wie China, die ein geeintes Europa schlicht in den Schatten stellen, sind derartige nationalistische Geschichtsbilder nicht nur eine Sackgasse sondern mehr – eine unreal anmutende Flucht in die politische Bedeutungslosigkeit.¹¹ Die Nationen eines „Europas der Vaterländer“ würden schnell zum Spielball alter und neuer Großmächte. Von daher erweist sich dieser neue Nationalismus als parasitär im Hinblick auf Europa, da er davon lebt, dass die europäische Gemeinschaft einen gewissen Schutz bietet.

Die Europäische Union ist das wohl historisch eindrucksvollste Beispiel dafür, dass die Aussöhnung von Völkern nach Kriegen möglich ist. Sie gilt daher außerhalb Europas mehr als vor Ort als höchst nachahmenswertes Modell für eine konstruktive Politik, die mit Konflikten als Teil jeder sozialen und politischen Realität umzugehen versteht, sie durch Kompromisse entschärft und immer wieder gemeinsame Grundlagen erarbeitet. Auch der Umgang mit vergangenem Unrecht erweist sich angesichts menschlicher Fehlbarkeit und Sündhaftigkeit zwischenmenschlich wie politisch als politisch zentral. Für Hannah Arendt stammt diese Einsicht in die Notwendigkeit von Versöhnung angesichts der Geschichte aus dem Neuen Testament. Dies sei jedoch „kein Grund, sie nicht in einem durchaus diesseitigen Sinne so ernst zu nehmen, wie sie es verdient“.¹²

Diese Prozesse, so zeigt sich heute wiederum, sind nie endgültig abgeschlossen. Die Geschichte kann letztlich nie zur Gänze „aufgearbeitet“ werden. Aufgabe der Politik bleibt es daher, die negativen Potentiale der Geschichte immer wieder durch Gegensteuern zu entschärfen. Den Kirchen, denen das „Evangelium von der Versöhnung“ (2. Kor 5,18)

¹¹ Vgl. Eric Hobsbawm, Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780, der die neuen Nationalismen (hier im Jugoslawien der 1990er Jahre) insofern als paradox bezeichnete, da sie anders als die klassischen Nationalismen des 19. Jahrhunderts nicht auf große sondern auf kleine Einheiten abzielen.

¹² Hannah Arendt, Vita activa, München 1985, 234.

anvertraut ist, kommt hier eine besondere zivilgesellschaftliche Rolle zu. In Europa verlangt dies eine Ökumene, besonders unter Einschluss der Orthodoxen Kirchen des Kontinents, um Zäsuren gegenüber vergangenem Unrecht zu setzen, ethische Maßstäbe angesichts historischer Gräueltaten zu klären und den Opfern wenigstens posthum eine unvollkommene Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, die die Lebenden mit der Geschichte ein wenig versöhnt. Nationalismus und christliches Evangelium widersprechen sich von daher fundamental. Dies verhindert freilich nicht, dass auch Christen gegen nationalistische Ideologien nicht immun sind, nicht nur in orthodoxen, sondern auch in manchen katholischen Nationalkirchen boomt der Nationalismus. Es gibt demnach viele Orte, wo Friedensinitiativen unter dem Vorzeichen der Versöhnung gefragt wären, die alten Wunden zu heilen, ohne die Geschichte zu leugnen oder für irrelevant zu erklären.

Christliche Inspirationen: Elefantengedächtnis, Ethik und Hoffnung:

An den Schluss möchte ich einige knappe Überlegungen stellen, wie die Kirchen des Kontinents in der gegenwärtigen Situation Impulse geben könnten. Denn: Die Frage *Europa quo vadis?* richtet sich nicht zuletzt an sie, die trotz aller Säkularisierungen die größten zivilgesellschaftlichen Institutionen in Europa sind. Sie tragen dementsprechend Verantwortung in dieser kritischen politischen Situation, der sie – aus meiner Sicht – nur begrenzt nachkommen.

Vor allem wenn die obige These auch nur ansatzweise stimmt, dass es sich zuerst und vor allem um ethische Orientierungskrisen handelt, dann sollte dies eigentlich ein *kairos* für die Kirchen sein, um ihre Stimme zu erheben. Dies nicht zuletzt, da sie in diesem Europa ein in der Geschichte kaum je gegebenes Maß an Freiheit (und vielfach auch Wohlstand) genießen und ohne gleich den eigenen Kopf zu riskieren, kritische, ja prophetische Positionen in die Öffentlichkeit bringen können. Ihr historisches „Elefantengedächtnis“ (Johann B. Metz) befähigt sie zudem dazu, sozialetische Leitplanken anzubieten, die gesellschaftspolitisch heute vielfach fehlen und so die Hoffnung in die Möglichkeit eines konstruktiven Umgangs mit den Problemen zu stärken. Denn es gilt, jenem Pessimismus und Zynismus aber auch überzogenen Erwartungen an die Politik entgegenzuwirken, die sich heute ausbreiten und die zunehmend die Fähigkeit zu effektivem Handeln lähmen. Die unterschwellige Hoffnungslosigkeit und Resignation sind nicht nur eine Folge sich verschärfender Krisen. Die materiellen und intellektuellen Ressourcen Europas sind immer noch besser als sie es je in der Geschichte waren. Der Mangel an Hoffnung erscheint so selbst als wesentlicher Teil der Krise. Ist hier ein aufklärerischer überoptimistischer Fortschrittsglauben breitenwirksam dabei

in sein Gegenteil zu kippen, nachdem er von einer postmodernen Philosophie längst desavouiert wurde? Die Schwachstellen und die Fragilität der modernen Ideale der Humanität und Freiheit sind heute offenkundig. „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ gibt es bestenfalls immer nur im Fragment, doch herrschen heute in Europa ein einmaliges Maß an sozialer Sicherheit, Lebenserwartung und Lebensqualität. Die „große Gereiztheit“ (Bernhard Pörksen) könnte daher auch die Folge überzogener Erwartungen sein, die die *conditio humana* in ihrer Begrenztheit ausblenden und eine immanente Perfektionierbarkeit des sozialen Lebens erwarten.

Um intellektuelle Orientierungslosigkeit, programmatischen Egoismus verbunden mit hyperkritischen Einstellungen gegenüber der Realität zu überwinden, gilt es m. E. sowohl die Ethik wie auch die Hoffnung zu stärken. Demokratie, die Grundrechte, der freie Markt und der gesellschaftliche Pluralismus gehen von hohen ethischen Voraussetzungen aus, die sie selbst nicht garantieren können (so das viel zitierte Böckenförde-Paradoxon). Sich deshalb von diesem Projekt zu verabschieden, es schlecht zu machen, ohne lebenswerte Alternativen anzubieten, wäre in höchstem Maße unverantwortlich. Es gilt vielmehr seine Fundamente *last but not least* aus den Ressourcen einer christlichen Kultur zu stärken. Zugleich gilt es die Ethik als eine Art humane Weisheitslehre und eigenen Rationalitätstypus zu begreifen. Die Moderne und hier vor allem die moderne Naturwissenschaft und damit verbundene Ideen eines *social engineering* haben ein Vakuum nicht nur in der ethischen Praxis gefördert, sondern vor allem auch in der Theorie. Dieses ethisch-theoretische Vakuum wird entweder mit einer Ablehnung von Moral überhaupt oder, was gegenwärtig zunehmend der Fall ist, mit einer Art Hypermoral gefüllt, die den Charakter ethischer Rationalität verkennt, die immer nur ein Umrisswissen darstellt.¹³ Moral ist menschlich. Sie hat es daher immer mit Ungewissheiten, Abwägungen und Unvollkommenheiten zu tun. Anders gesagt: Menschliches Handeln in Freiheit steht, wie immer man es dreht und wendet, unter „eschatologischem Vorbehalt“ (Johann B. Metz).

In seiner Rede anlässlich der Verleihung des Karlspreises im Mai 2016 hat Papst Franziskus drei Maximen für Europa aufgestellt, die ich abschließend zitieren möchte: es sei Zeit zu integrieren, die notwendigen Dialoge mit Feingefühl zu führen und kreativ Neues zu generieren. Dies kann ein Programmentwurf für Christen sein, um sich damit in die zivilgesellschaftlichen und politischen Prozesse einzubringen, um dort die eigenen Ideen im gemeinsamen Ringen um humane Lösungen zu vermitteln (GS 11). Die dafür notwendige

¹³ Aristoteles, Nikomachische Ethik (NE I 1: 1094b-1095a11).

Innovationsbereitschaft und Risikofreudigkeit sollte aus jener Hoffnung kommen, die aus der Geduld stammt und aus der Bewältigung von Bedrängnis resultiert (Röm 5,3-5). Das Christentum lässt das Weltliche nicht hinter sich, sondern vermenschlicht, kultiviert und transzendiert es. Es lebt aus der Verheißung, dass Friede und Gerechtigkeit am Ende der Zeit triumphieren werden. Diese große Vision der Gottesgerechtigkeit als kritisches Korrektiv von Unrecht aber auch Hoffnungslosigkeit braucht Europa mehr denn je. Dass wir keine vollkommene Welt schaffen können, entbindet uns nicht von der Verpflichtung, diese Welt zu verbessern, wo immer es möglich ist.

Ein Rückblick in die Geschichte kann hier durchaus stimulierend sein. Als ich vor einiger Zeit in einem bayrischen Benediktinerkloster war, las ich die Chronik des Stifts. Beeindruckt hat mich vor allem, wie oft im Laufe der Jahrhunderte dieses Kloster zerstört und wieder aufgebaut wurde. Die Haltung dessen, was man modern als Resilienz bezeichnet, ist Ausdruck einer unbesiegbaren Hoffnung und Kraft. Ein wenig von dieser Resilienz wäre Europa heute zu wünschen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.